Mitteilungen

des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens

Erscheinen nach Bedarf

Nr. 11	29. Mai 1920	Jahrg. II

1. Wo sitzt das Großkapital?

Gegenüber der ständigen antisemitischen Behauptungen, daß die Juden die Träger des Großkapitals seien, und daß sie es zum Schaden des deutschen Volkes verwenden, seien Tatsachen wiedergegeben, die im Handelsteil eines großen Berliner Blattes veröffentlicht wurden:

Der neue Reichsfinanzminister Wirth hat in seiner Antrittsrede ein großes Wort gelassen ausgesprochen: „Die Wirkung der Kriegs- und Vermögensbesteuerung nach der sozialen Seite wird sein: Die von jedem Sozialpolitiker beklagte Tendenz zu rascher Akkumulation der großen Kapitalien wird wesentlich verringert.“ Während der Finanzminister des Reiches sich solchem schönen Wahne hingibt, fügt Herr Hugo Stinnes seinem ansehnlichen Friedensreichtum, der durch den Krieg gewaltig vermehrt worden ist, immer neue Millionen zu und ist anscheinend auch nicht verpflichtet oder gewillt, einen erklecklichen Teil dieser Millionen auf dem Steuerwege wiederherzugeben. Denn er investiert gewaltige Summen in immer neue Unternehmungen, dehnt seine ursprünglich fast ausschließlich in der Montanindustrie und im Handel mit Montanprodukten verwurzelten Geschäfte auf immer weitere und entlegenere Gebiete der „nationalen Arbeit“ aus. Während angeblich die Kohlen- und Eisenpreise nicht ausreichen, um den Werken dieser Industrie eine Deckung ihrer Selbstkosten und eine Aufbringung des zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion erforderlichen Kapitals zu schaffen, während die Kohlenindustrie an ihre Verbraucher das Ansinnen stellt, den Zechen die zur Errichtung von Erweiterungs- und Neuanlagen erforderlichen Mittel durch Bewilligung besonderer Preisaufschläge zu „schenken“, denkt Herr Stinnes auch nicht im entferntesten daran, seine in der Montanindustrie und im Montanhandel verdienten Gewinne wieder in diese Industrien zu stecken, die sie doch zweifellos im Interesse der Produktionsförderung am nötigsten gebrauchen. Nein, er kauft unentwegt Werften, Schiffahrtsbetriebe, Hotels, Maschinen- und Automobilfabriken, Zellstoff- und Papierunternehmungen, Druckereien und Zeitungen. Er zieht seine zweifellos mit großem kaufmännischen Genie geknüpften, mit feinster Betriebsökonomie durchstalteten Netzwerke immer weiter über den deutschen Wirtschaftskörper hin. Er kauft mittels der vielen Millionen, die ihm eine unsoziale, privatmonopolistische Organisation der schwerindustriellen Wirtschaft und des schwerindustriellen Händlertums reicher als je in den Schoß wirft, nicht nur neue wirtschaftliche Macht, sondern auch die öffentlichen Stimmen, die diese Macht je nach Bedarf verkünden oder verschleiern sollen. Er will von jetzt an nicht nur die Preise, sondern auch die Gesinnungen beeinflussen. Und nachdem Stinnes sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zugelegt hat, wollte auch Thyssen, der es sich ja gleichfalls leisten kann — und nach den Feststellungen im Erzberger-Prozeß auf den politischen Einfluß großen Wert legt — auch sein Blatt haben. Er soll die gleich ihm katholisch-kapitalistische „Kölnische Volks-Zeitung“ gekauft haben.

Schließlich wird es dahin kommen, daß jeder anständige Schwerindustrielle, der etwas auf sich hält, seine eigene Trompete haben wird, und von dem Orchester, dessen Musik dann auf uns niederprasseln wird, kann man sich schon jetzt einen Begriff machen. Herr Stinnes ist ja auch keineswegs der einzige, wenn auch der ausgeprägteste Repräsentant dieser schwerindustriellen Trustmacher. Im ganzen rheinisch-westfälischen Industrierevier ist heute eine äußerlich wenig zum Ausdruck kommende, aber innerlich um so vehementere Assoziationsbewegung im Gange, die aus zwei verschiedenen Quellen gespeist wird. Auf der einen Seite sind es die großen industriellen Händlerfirmen, die immer neue Aktienmajoritäten oder starke Aktienminoritäten aufkaufen, die in einem Kombinieren, Konzentrieren und Verschachteln bleiben. Klöckner, Thyssen und

Wir verweisen besonders auf die auf Seite 136 veröffentlichten Ausführungen in der Angelegenheit Lewin, die in allen deutschnationalen Versammlungen in übelster Hetzart vorgebracht wird.

Wolff gehen genau in derselben Weise, wenn auch etwas weniger geräuschvoll auf Vertrustungswegen, wie der schweigsame Mülheimer, der doch so viel von sich reden macht. Immer neue Werke verfallen ihrem Einfluß, und besonders mittlere Unternehmungen der Verarbeitungsindustrie, so zum Beispiel die Geisweiler Eisenwerke, die Georgsmarienhütte, die Humboldt-Maschinenbauanstalt, oder auch Kohlenzechen wie Königsborn werden in ihre Einflußsphären hineingezogen. Daneben sind auch die großen gemischten Montankonzerne auf weitere Konzentration bedacht, und riesige Kombinationen zwischen Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg, zwischen Phönix- und den Rheinischen Stahlwerken zeichnen sich in ihren Grundrissen bereits für das sehende Auge ab. Aber abgesehen von den besonders aus dem Ausfuhrgeschäft fließenden Händlergewinnen, gibt es noch eine andere Quelle, aus der der kaufkräftige Kapitalreichtum der Schwerindustrie in einer Zeit überreichlich fließt, in der sonst die Industrie immer stärker unter den Druck der Kapitalnot gerät. Fast alle größeren Konzerne der Schwerindustrie haben Betriebe in Lothringen, in Luxemburg oder an der Saar besessen, die nach dem unglücklichen Friedensschluß teils gezwungenermaßen, teils freiwillig unter dem Einfluß ungünstiger wirtschaftspolitischer Verhältnisse an das ausländische Kapital abgetreten werden. Die Liquidationserlöse oder Kaufpreise gehen in fremder, meist französischer Währung ein und stellen in Mark umgerechnet ganz enorme Summen dar, mit denen die Empfänger nahezu die gesamte, nicht auf diese Weise mit Frankenmillionen „gesegnete" Montanindustrie aufkaufen können. Die Gebrüder Stumm G. m. b. H. hat für den Gegenwert der 60 Millionen Fr., die sie durch den Verkauf der Majorität ihrer Saarwerke von den Franzosen erhielt, sich ausschlaggebenden Einfluß auf ein halbes Dutzend von Stahl- und Walzwerken gesichert, und u. a. die Gelsenkirchener Gußstahlwerke, die Westfälischen Drahtwerke Langendreer, die Gußstahlwerke Witten, die Eisenindustie Menden u. Schwerte, durch große Aktienkäufe in Abhängigkeit von sich gebracht. Die Mannesmannröhrenwerke haben für die nackten Betriebsanlagen ihrer beiden im Saarrevier gelegenen Werke, die man durchaus als Nebenbetriebe dieses großen Unternehmens bezeichnen muß, ausschließlich der Vorräte, 30 Millionen Fr. erhalten, mit denen sie die gesamten Betriebsanlagen aller ihrer Werke auf eine Mark herabschreiben und darüber hinaus noch ein Plus behalten können. Die Rombacher Hüttenwerke, deren Lothringer Betriebe bekanntlich für 110 Millionen Fr. zwangsweise versteigert wurden, brauchen nur einen ganz kleinen Betrag dieses Kapitals — höchstens ein Zwölftel — aufzuwenden, um die 44 Millionen Mark zu bezahlen, für die sie die Option auf die Kohlenzeche Concordia, gemäß dem zwischen beiden Gesellschaften im Jahre 1914 abgeschlossenen Pachtvertrage ausüben können. Das Wertverhältnis zwischen den Montanwerken, die nur über rechtsrheinischen Besitz verfügen, und denen, die gleichzeitig auch mit hochvalutarischem linksrheinischen Besitz „gesegnet" sind, hat sich nicht aus sachlichen, sondern nur aus Valutagründen so verschoben, daß die Werke mit liquidiertem und vorläufig von der deutschen Regierung bevorschußtem Besitz eine Finanzmacht erworben haben, die sie in den Stand setzt, die anderen mit Leichtigkeit zu verschlucken.

Wir möchten im Anschluß daran noch darauf hinweisen, daß anläßlich des kürzlich stattgehabten Geschäftsjubiläums der Deutschen Bank, eines Großbank-Unternehmens, in dessen Leitung keine Juden tätig sind, sowohl die „Deutsche Tageszeitung" wie die „Deutsche Zeitung", wie alle andern großen rechtsstehenden Blätter begeisterte Lobhymnen über dieses Unternehmen angestimmt haben.

2. Gegen den Antisemitismus.

In der Festschrift der Sozialdemokratischen Partei Chemnitz findet sich ein flammender Artikel „gegen die Schande des Jahrhunderts". Wir entnehmen diesem Artikel folgendes:

Die Not war schon vor dem Kriege verhältnismäßig groß, jetzt, da sie daran ist, den geistigen Proletarier völlig zu zerreiben, muß der Verfälscher des Zeitgeistes mit um so größerer Hartnäckigkeit daran gehen, die seine Vorherrschaft bedrohende sozialistische Gefahr zu beseitigen. Da erkennt er mit des Luchsen Auge, daß der Kampf des Sozialismus gegen das Kapital ja auch den jüdischen Kapitalismus treffen müsse, und flugs lügt er die gefährliche in eine die jüdische Nation und Rasse treffende um; flugs weiß er den engen Sinn der Unaufgeklärten so auszurichten, daß sie mit der Bekämpfung des jüdischen Geschäftes die ganze wirtschaftliche Not des Augenblicks beseitigt glauben. Der konservative Gedankenpferch des Kleinbürgers sieht darin überhaupt seinen sozialen Reformismus erschöpft; der etwas höher hinaus gerichtete des Intelligenzarbeiters aber erhält noch die Weihe des nationalen Ideals, wenn er sich für den unbewußten Verzicht auf seinen wirtschaftlichen Kampf, für sein Verbleiben im Joch des sich national aufspielenden reaktionären Kapitals, den antisemitischen Hexensabbat aufschwatzen läßt. So wird der Sozialismus des kleinen Mannes und des geistigen Proletariers zum Antisemitismus.

Deswegen sagen wir euch sozialdemokratischen Arbeitern auch an diesem unsern Festtage, daß ihr euch in acht nehmen müßt. Nicht nur, weil ihr euch in eurem demnächst bevorstehenden Wahlkampf nicht den Sinn verwirren und das Ziel verrücken lassen dürft, um statt des Kapitalismus den Juden zu treffen; nicht nur deshalb auch, weil euch die antisemitischen Heuchler unter dieser Maske zu verführen suchen, um ihre nationalistisch-reaktionären Fratzen zu verhüllen und euren gerechten Zorn von sich abzulenken, sondern darum auch, weil ihr eure Herzen reinhalten solltet von der Kulturschmach, die eine ganz unglückliche Nation verfemen will, ein Volk, dessen beste Männer in allen Jahrhunderten revolutionären Geist in die Völker getragen, die unsere soziale Heilslehre mit begründen und ausbauen geholfen haben.

Weil der Sozialismus der Gedanke der Völkerbefreiung, weil er der Menschheitsgedanke ist, darum muß der Sozialdemokrat an dem Tage, da er Gewissenseinkehr hält und Ausschau über sein Arbeitsfeld, auch den heuchlerischen, den kulturschändenden Antisemitismus verdammen.

3. Die Vorgänge an der technischen Hochschule in Karlsruhe.

Das Verhalten der Studentenschaft der technischen Hochschule in Karlsruhe, die sich gegen die Berufung des ehemals jüdischen Dr. Maier

zum Dozenten an der Karlsruher Hochschule wandten, weil er semitischer Abstammung sei, ist bekannt. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurde diese Angelegenheit zum Gegenstand einer Anfrage im Badischen Landtag gemacht. Der Antwort des Kultusministers Hummel entnehmen wir nach dem amtlichen Stenogramm folgendes:

„Die sehr bedauerlichen Vorgänge an der Technischen Hochschule, die den Gegenstand unserer heutigen Debatte bilden, möchte ich von meinem Standpunkt aus ergänzen durch das, was ich aus den Akten über die Vorgänge habe erheben können.

Die Besetzung des Lehrstuhls für technische Chemie spielt nun schon seit einem Jahr. Wir haben schon im Mai 1919 den Bericht des Senats der Technischen Hochschule mit den Vorschlägen über die Besetzung dieses Lehrstuhls erhalten, und ich glaube, es wird auch notwendig sein, daß ich auf diese Vorschläge selbst des Näheren eingehe, weil durch die Behandlung der ganzen Angelegenheit in dieser Richtung Klarheit über die Ereignisse an der Hochschule geschafft wird.

Die Vorschläge des Senats enthielten in folgender Reihenfolge Namen: der erste Name war Professor Berl an der Technischen Hochschule in Darmstadt, der zweite Name Direktor Dr. Maier in Berlin, der dritte Name ein Chemiker in Mannheim, der vierte Name Professor Klages an der Chemischen Fabrik Fahlberg bei Magdeburg, der fünfte ein Herr in Köln. Wir hatten schon die Absicht, den Lehrstuhl sofort zu besetzen, haben es aber nachträglich für zweckmäßiger gehalten, erst die Nachfolge von Exzellenz Engler zu regeln, um nachher besser in der Lage zu sein, ermessen zu können, nach welcher Richtung hin der Lehrstuhl für technische Chemie zu besetzen sei. Es bestand die Absicht, den Lehrstuhl dann auf den 1. April d. J. zu besetzen.

Ich war zunächst geneigt, an Herrn Dr. Max Maier, den ich persönlich kenne, zu denken, wegen seiner ganz hervorragenden wissenschaftlichen Befähigung, aber auch weil er in der chemischen Industrie und in der Praxis eine durch ganz Deutschland und Europa hindurch angesehene Stellung einnimmt, die ihn ganz besonders befähigt erscheinen ließ, den Lehrstuhl der technischen Chemie in Karlsruhe zu besetzen. Es war mir aber nicht möglich, durch vertrauliche Anfrage von ihm zu erfahren, ob er geneigt sein würde, einem Rufe nach Karlsruhe Folge zu leisten, und da ich mich keiner Ablehnung aussetzen wollte, entschlossen wir uns, den ersten Herrn zu berufen, der auf der Liste des Senats enthalten war, Herrn Professor Berl in Darmstadt. Am 22. Oktober 1919 haben die Verhandlungen mit Professor Berl stattgefunden. Am 29. Oktober 1919 ist von Herrn Professor Berl die Ablehnung unseres Rufes nach Karlsruhe erfolgt und zwar mit der Begründung, daß es ihm schwer falle, seinen Haushalt nach Karlsruhe zu verlegen, aus Gründen, die Ihnen allen verständlich sein werden, und daß ihm außerdem die Zerlegung des chemisch-technischen Instituts in Teilinstitute zu weit gehe, um ihm die Annahme des Lehrstuhls zu ermöglichen, eine Frage, die auch in anderer Beziehung eine Rolle spielt und auf die ich gelegentlich noch zurückkommen werde. Erst am 18. November, also fast einen Monat später, ist eine Beschwerde von Studierenden der Technischen Hochschule in Karlsruhe in meinen Besitz gekommen über ein Schreiben, das der Studentenausschuß der Technischen Hochschule an den Rektor und an den Senat gerichtet hätte, und das antisemitischen Charakters sei. Wir haben die Beschwerde der Studenten der Technischen Hochschule Karlsruhe dem Senat zur Aeußerung überwiesen, und unter dem 24. November ist die Antwort eingegangen, die ich mir zu verlesen gestatte: ‚Auf die in Abschrift hier beiliegende Eingabe des Studentenverbands der Fridericiania vom 6. 11. 19 hat der Senat in der Sitzung vom 10. November d. J. beschlossen: Das Schreiben wird unter Mißbilligung des Versuches einer Einmischung in Berufsangelegenheiten und des grob antisemitischen Inhaltes ohne Beantwortung ad acta gelegt und Seiner Magnifizenz überlassen, den Studierenden gelegentlich in erzieherischer Weise das Unzulässige des Schreibens vorzuhalten.‘

Unter dem 6. Dezember hat dann das Kultusministerium an den Senat der Technischen Hochschule folgenden Erlaß gerichtet:

‚Wir nehmen an, daß der Herr Rektor dem Studentenverband der Fridericiania die ernste Mißbilligung des mit Eingabe vom 6. v. Mt. unternommenen ungehörigen Vorgehens ausgesprochen hat, und ersuchen, uns die Richtigkeit dieser Annahme baldigst zu bestätigen, damit wir den Studenten, die sich über das Vorgehen des Ausschusses beschwert haben, entsprechende Eröffnung machen können.‘

Und unter dem 19. Dezember ist die Antwort des Senats auf diesen Erlaß eingegangen folgenden Wortlauts:

‚Mit Bezug auf den Erlaß vom 6. d. Mts. teilen wir mit, daß den Vertretern des studentischen Ausschusses auf ihr Schreiben vom 6. v. Mts. entsprechend dem daraufhin ergangenen Senatsbeschluß eine ernste Mißbilligung ausgesprochen worden ist.‘

Wir glaubten zunächst unsererseits keinen Anlaß zu haben, auf diese Dinge weiter einzugehen, insbesondere deshalb, weil das akademische Disziplinarrecht zunächst keine Angelegenheit des Ministeriums, sondern des Senats und der Studentenschaft ist. Wir waren unsererseits der Meinung, daß Rektor und Senat diese Einwirkung auf die Studentenschaft als genügende Grundlage für ein ferneres ruhigeres Verhalten der Studentenschaft betrachten würden, und sind in der weiteren Verfolgung der Berufungsangelegenheit unbeirrt die von Pflicht und Sachlichkeit vorgeschriebenen Wege weiter gegangen.

Nachdem Herr Professor Berl abgelehnt hatte, haben wir unter dem 17. November eine Berufung an den Herrn Professor Klages ergehen lassen, der seinerseits dann zu einer Besprechung nach Karlsruhe kam. Die Berufungsverhandlungen mit Herrn Professor Klages sind in einem Telegramm vom 10. Dezember und in einem Brief vom 12. Dezember gescheitert. Er hat die Berufung nach Karlsruhe abgelehnt unter Hinweis auf die Verpflichtungen, die er seiner Firma gegenüber hat.

Inzwischen ist mir nun durch vertrauliche Mitteilungen die Aussicht geworden, daß Herr Direktor Dr. Mayer auf eine Berufung nach Karlsruhe ernsthaft einzugehen beabsichtige. Daraufhin haben wir uns entschlossen, Herrn Direktor Dr. Mayer sofort zu berufen. Unter dem 11. 12. ist telegraphisch die Berufung an Herrn Direktor Dr. Mayer in Berlin abgegangen. Inzwischen bin ich selbst infolge einer Erkrankung genötigt gewesen, von Karlsruhe wegzugehen. Ich habe mich dann längere Zeit außerhalb Karlsruhe aufgehalten, ohne Gelegenheit

zu haben, selbst in den Gang der Sache einzugreifen. Am 7. Januar haben in meiner Abwesenheit dann die Verhandlungen mit Direktor Max Mayer und dem Referenten stattgefunden, die zu dem vorläufigen Ergebnis geführt haben, das immerhin eine gewisse Aussicht ließ, daß Direktor Mayer die Berufung nach Karlsruhe annehmen werde, wobei er allerdings von vornherein die Erklärung abgab, daß es ihm außerordentlich schwer fallen würde, seine Firma zu verlassen, und daß die Firma selbst den größten Wert auf sein Verbleiben legen würde, daß er deshalb nicht in der Lage sei, eine endgültige Erklärung abzugeben. Am selben Tage war auch der studentische Ausschuß der Technischen Hochschule in Karlsruhe bei dem Herrn Referenten des Unterrichtsministeriums, und ich darf mir gestatten, die Aktennotiz vorzulesen, die über die Besprechungen zwischen diesem studentischen Ausschuß und dem Referenten des Unterrichtsministeriums entstanden ist: ‚Beim Referenten erschienen zwei Vertreter des Studentenausschusses der Technischen Hochschule (Wortführer Dipl.-Ing. Fuhr) mit der Frage, ob der Referent den auf den Lehrstuhl der technischen Chemie berufenen Dr. Max Mayer davon unterrichtet habe, daß die Studentenschaft gegen die Berufung eines Semiten sich verwahre.' Der Referent verneinte die Frage und machte die beiden Erschienenen in der entschiedensten Weise darauf aufmerksam, daß die Studentenschaft keinerlei Recht habe, sich in Berufungsfragen einzumischen.

Dipl.-Ing. Fuhr erwiderte, die Studentenschaft werde den Berufenen unmittelbar von ihrer Stellungnahme verständigen. Der Referent verwies ihm dieses Vorgehen, das eine unberechtigte Einmischung der Studentenschaft in das Berufungsverfahren darstelle und die Interessen der Technischen Hochschule auf das schwerste gefährde; die Regierung sei bestrebt, unter den erreichbaren Kräften die tüchtigsten auszusuchen und könne sich dabei nicht von Konfessions- oder Rassefragen beeinflussen lassen. Im übrigen könne er nicht glauben, daß die Majorität der Studentenschaft auf dem von den erschienenen Vertretern bekundeten antisemitischen Stundpunkt stehe. Dipl.-Ing. Fuhr bestand darauf, daß er die große Majorität der Studentenschaft vertrete; ‚viel wichtiger als die Tüchtigkeitsfrage sei es, daß kein Semit berufen werde.'

Der Referent hat seinerzeit einen der Herren Professoren der Technischen Hochschule ersucht, sich mit dem berufenen Herrn Direktor Max Mayer in Verbindung zu setzen und ihm mitzuteilen, daß die Regierung nicht gesonnen sei, sich durch solche unberechtigte Einmischungen beeinflussen zu lassen. Inzwischen bin ich selbst wieder hierher zurückgekommen und habe die Angelegenheit in diesem Zustand vorgefunden. Ich habe daraufhin unterm 16. Januar einen Erlaß an die Technische Hochschule ergehen lassen, den der Abg. Dr. Kraus zum Teil verlesen hat, und aus dem ich den Schlußpassus mir noch einmal zu reproduzieren gestatte:

‚Wir werden eine Einmischung der Studentenschaft in die Berufungsangelegenheiten, die lediglich zur Zuständigkeit der Abteilungskollegien, des Senats und des Ministeriums gehören, auch künftighin nicht dulden, und sind entschlossen, mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen solche Anmaßungen vorzugehen. Sollte infolge des unberechtigten Eingreifens des Studentenausschusses zum Schaden der Hochschule die Berufung des Dr. Max Mayer scheitern, so würde aller Voraussicht nach eine zeitweilige völlige Schließung des chemisch-technischen Instituts die Folge sein.

Wir ersuchen, uns die Stellungnahme des Senats spätestens zum 1. Februar d. J. vorzulegen.'

Gleichzeitig habe ich mir erlaubt, am 17. Januar in einem Brief an den mit mir befreundeten Herrn Geh. Rat Haber in Berlin, der selbst wieder Gelegenheit hatte, mit Herrn Direktor Mayer über diese Frage sich zu unterhalten, das Ersuchen zu richten, dem Herrn Direktor Mayer noch einmal zu sagen, welch großen Wert wir auf sein Kommen legen und ihn ersuchen, ihm mitzuteilen, daß die Aktion der Studentenschaft auf unser weiteres Verhalten in der fraglichen Angelegenheit ohne Einfluß sein werde. Unterm 21. Januar ist dann ein Bericht des Senats an uns eingegangen folgenden Inhalts:

‚In Sachen der Wiederbesetzung des Lehrstuhls für chemische Technologie war durch den Ausschuß des Studentenverbandes in den Ferien ein Brief an Direktor Dr. Max Mayer in Berlin geschrieben worden, welchen der Genannte im Original uns übersandte. Er erklärte in einem Begleitschreiben an Herrn Prof. Dr. Bredig, daß er sich durch das Vorgehen des Studentenverbandes in keiner Weise in seinen Entschließungen beeinflussen lassen werde, insbesondere nachdem ihm von Prof. Dr. Bredig mitgeteilt worden war, daß Abteilung und Senat das Vorgehen des Studentenverbandes vollständig mißbilligen.

Wir legen hiermit eine Abschrift des unterm 20. d. Mts. von Rektor und Senat an die Studentenschaft abgesandten Schreibens vor. Am Freitag, den 23. Januar d. J. findet in dieser Angelegenheit eine allgemeine Studentenversammlung statt, über deren Verlauf, sowie über den weiteren Gang der Sache wir später berichten werden.'

Das Schreiben an den Studentenverband ist meines Wissens von dem Herrn Abg. Dr. Kraus ebenfalls verlesen worden, so daß ich mir die Verlesung ersparen kann. Der Senat stellt sich auf den Standpunkt, daß der Brief einen schweren Eingriff in das Berufungsrecht darstelle und eine gegen die guten studentischen Sitten unternommene Ungehörigkeit bilde. Der Brief, der an Herrn Direktor Max Mayer seitens der Studentenschaft gerichtet worden ist, ist von dem Herrn Abg. Dr. Kraus ebenfalls verlesen worden und ist in unsere Hände erst am 22. Januar gelangt. Unterm 25. Januar ist dann ein ausführlicher Bericht des Herrn Rektors der Technischen Hochschule über seine Verhandlungen mit der Studentenschaft eingegangen, aus dem hervorgeht, daß Senat und Rektor sich bemüht haben, die Studentenschaft auf den richtigen Weg in der ganzen Angelegenheit zu bringen. Inzwischen ist dann am 28. Januar durch Telegramm und am 31. Januar durch Brief von Herrn Direktor Max Mayer die Ablehnung der Berufung erfolgt. Ich erlaube mir, das Schreiben, das Herr Direktor Max Mayer geschickt hat, zur Verlesung zu bringen:

‚Zunächst bestätige ich mein Telegramm vom 28. d. Mts. wie folgt: „Muß nach Verhandlungen mit Aufsichtsrat auf Annahme der Berufung verzichten. Brief folgt. Mayer.'

‚Die Ablehnung der an mich ergangenen Berufung ist durch die Ihnen seinerzeit genannten Beweggründe verursacht. — Der Aufsichtsrat meiner Gesellschaft hat sich nämlich bereit erklärt, unter Bereitstellung

erheblicher Mittel neue Fabriken auf Grund der in unseren Laboratorien erhaltenen Versuchsergebnisse zu errichten. Diese Aufgabe erscheint mir größer und daher auch verlockender, als die Lehrtätigkeit an der Hochschule. Ein anderer Grund zur Ablehnung liegt für mich nicht vor. Die Vorgänge in der Studentenschaft in Karlsruhe habe ich erst nach Absendung meines Telegramms erfahren. Ich bedauere, wenn Sie durch diese Ereignisse Unannehmlichkeiten haben sollten.

Mit der Versicherung ausgezeichneter Hochachtung.'

Ich habe in einem Privatbriefwechsel mit Herrn Direktor Max Mayer festgestellt, daß in der Tat das Vorgehen und das Verhalten der Studentenschaft irgendwelche entscheidende Rolle in seinen Entschließungen nicht gespielt hat, sondern daß er einzig und allein durch ein sehr weitgehendes Entgegenkommen der Auergesellschaft in Berlin sich veranlaßt gesehen hat, auf die Berufung zu verzichten. Er hätte sich auch durch die Aktion der Studentenschaft in gar keiner Weise abschrecken lassen, sein hiesiges Lehramt anzutreten, und ich bin fest überzeugt, daß, wenn er das getan hätte, die hiesige Studentenschaft bald erkannt hätte, daß er eine Zierde des hiesigen Lehrkörpers gewesen wäre. Inzwischen haben dann Rektor und Senat unterm 29. Januar die Beziehungen mit der Studentenschaft abgebrochen. Das geht auch wieder aus Schriftstücken hervor, die der Herr Abg. Dr. Kraus zur Verlesung gebracht hat, und am 30. Januar hat die Abteilung für Chemie den Schluß der Vorlesungen und Uebungen in der Abteilung für Chemie beschlossen und konnte dafür auch eine Berechtigung ableiten aus dem Inhalt unseres Erlasses an die Technische Hochschule, in dem wir unsererseits diese Maßnahme in Aussicht gestellt hatten. Die Studentenschaft selbst hat dann eine Studentenversammlung am Samstag, den 30. Januar abgehalten, über deren Verlauf wir unterm 5. Februar dann Bericht von Rektor und Senat erhalten haben.

In diesem Bericht von Rektor und Senat vom 5. Februar ist im wesentlichen dasjenige enthalten, was Herr Dr. Kraus verlesen hat.

Er hat auch auf Erklärungen der Studentenschaft Bezug genommen, so daß ich auf den Wortlaut dieser Erklärungen hier nicht weiter einzugehen habe. —

Inzwischen sind nun die Ferien an der Technischen Hochschule eingetreten, so daß von diesem Datum an zunächst eine weitere Einwirkung auf die Studentenschaft nicht mehr möglich war. Wir haben aber dann gleichwohl unterm 16. Februar 1920 noch einen Erlaß an die Technische Hochschule gerichtet, den hier vorzulesen, ich mir erlauben möchte:

‚Die dankenswerten Bemühungen des Senats haben zu einem formellen Abschlusse der schweren Krise geführt, der die Hochschule durch das Verhalten der Studentenschaft ausgesetzt war. Ob dieser Abschluß befriedigen kann, hängt im wesentlichen davon ab, ob die schließliche Haltung der Studentenschaft in der Tat im Sinne der Zusammenfassung auf Seite 5 des Berichts als eine Unterwerfung der Studentenschaft unter den Willen des Senats aufgefaßt werden kann und ob die Studentenschaft den ernsten Willen hat, sich künftighin ähnlicher schwerer Ungehörigkeiten, wie sie jetzt die Ordnung und den Bestand der Hochschule gefährdeten, zu enthalten.'

Nicht ohne weiteres zu beseitigen sind die schweren Nachteile, die der Technischen Hochschule durch das Vorgehen der Studentenschaft erwachsen sind und von denen wir fürchten, daß sie sich noch empfindlich geltend machen werden. Sache des Senats wird es sein, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß die Studentenschaft sich künftig ihrer Pflichten der Hochschule gegenüber bewußt bleibt. Eine Wiederholung der anmaßlichen Haltung der Studentenschaft würde uns zu den einschneidendsten Maßnahmen — gegebenenfalls zur Schließung des gesamten Hochschulbetriebs — nötigen.

Zu Absatz 5 unseres Erlasses vom 16. Januar 1920, Nr. 819, bemerken wir, daß wir grundsätzlich an unserer Stellungnahme festhalten und von Vollzugsverordnungen nur deshalb vorerst absehen, weil wir auf Grund der Mitteilungen des Senats annehmen, daß zu Beginn des Sommersemesters die Neubildung des Studentenausschusses durch Wahlen nach allgemeinem, gleichen Wahlrecht erfolgen wird. Wir erwarten hierwegen anfangs Mai d. J. Bericht.

Die auf Seite 4 des Senatsberichts erwähnte Pressenotiz halten wir insofern für keine glückliche, als darin von „beiderseitigen Mißverständnissen" die Rede ist. Diese Fassung ist geeignet, die Frage des Verschuldens an den Vorkommnissen zu verschieben, und ist in der Oeffentlichkeit Gegenstand berechtigter Kritik.

Nach dieser Darstellung des wirklichen Sachverhaltes bleibt mir nur übrig, mein tiefstes Bedauern über die Haltung der Studentenschaft in dieser Frage zum Ausdruck zu bringen. Dieses Verhalten läßt sich nicht anders verstehen, denn als das Produkt einer systematischen Irreleitung der Studentenschaft im Verfolg einer verhetzenden Agitation, der sie von den verschiedensten Seiten her in den letzten Monaten in Deutschland ausgesetzt gewesen ist. Ich glaube, es gibt keine ernstere Bedrohung der akademischen Freiheit, und nichts würde mehr dem Gedanken der Gleichberechtigung ins Gesicht schlagen, als wenn die Studentenschaft ihr Verhalten in einzelnen Fragen wieder so einrichten würde, wie das hier geschehen ist. Zweifellos liegt in der Stellung der Studentenschaft eine Schmähung der geistigen Arbeit unserer jüdischen Gelehrten, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einem Augenblick, in welchem Männer, wie Einstein und Haber, zu den Leuchten der Wissenschaft Europas und der ganzen Welt zählen, derartige Gedanken ausgesprochen werden, wie das hier durch die Stellungnahme der Studentenschaft geschehen ist. Ich glaube, das deutsche Volk hat nur allen Grund, stolz darauf zu sein, daß gerade in seiner Mitte die Gelehrten emporgewachsen sind, die, wie Einstein auf dem Gebiete der Physik und Haber auf dem Gebiete der Chemie, für alle Zeiten wegweisend vorangegangen sind. Ich würde es als eine geistige Verarmung Deutschlands betrachten, wenn in Zukunft unser Geistesleben durch Verfolgung der Auffassung der Karlsruher Studentenschaft der Mitarbeit so großer Gelehrter beraubt werden sollte.

Ich glaube auch, daß das Ansehen Deutschlands, der deutschen Wissenschaft und der deutschen Hochschulen im Ausland durch ein derartiges Vorgehen wie das der Studentenschaft auf das Allerschwerste gefährdet wird.

Es entbehrt aber auch nicht eine gewisse Komik, wenn die Karlsruher Studentenschaft ihrerseits es für

notwendig hält, Erklärungen ‚zur Wahrung der akademischen Freiheit‘ abzugeben, nachdem hier in den letzten Jahren nichts bekannt geworden ist, was die akademische Freiheit schärfer bedroht hätte, als — die Haltung der Karlsruher Studentenschaft selbst!

Wenn ich einen Wunsch hätte, so wäre es der, daß nun die Herren von der Rechten ihren Einfluß, den sie auf die Studentenschaft, insbesondere auf die Karlsruher Studentenschaft haben — und der ist kein geringer —, dahin geltend machen, daß die Karlsruher Studentenschaft sie in Ihren Bestrebungen in Zukunft etwas besser unterstützt, als wie das Berufungsrecht der Abteilung und des Senats zu gefährden.

Die Rechte hat in diesem Hohen Hause nicht viel Mitglieder, aber immerhin so viel Mitglieder und den verschiedensten Ständen angehörig, daß für jede Gelegenheit ein anderer positive oder negative Erklärung abgeben kann, auf die die übrigen sich zu berufen die Möglichkeit haben. Wir sind über diese Agitationsmethoden der Rechten durchaus im klaren. Wir wissen, daß die Agitationsmethoden der Rechten eine gewisse Arbeitsteilung vorgesehen haben. Nicht alle sagen alles. Aber alle werden hintennach den Nutzen aus demjenigen ziehen, was die übrigen gesagt haben. (Sehr gut! links.) Wir sehen die Agitation der Rechten heute durch unser Land in einer geradezu verhetzenden Weise ziehen, ohne daß wir immer bei jedem einzelnen Falle Gelegenheit haben, die Herren Abgeordneten gerade auf diese Aeußerung festzunageln.

Ich glaube, das darf bei der Gelegenheit einmal gesagt werden, daß der Agitationsmethode der Rechten an diesem Verhalten der Karlsruher Studentenschaft und der übrigen Studentenschaften ein nicht geringer Anteil zuzuschreiben ist. Wir werden uns durch diese Haltung nicht davon abhalten lassen, pflichtgemäß weiter zu verfahren, wenn wir wieder Lehrstühle zu besetzen haben, und auch bei Besetzung dieser Lehrstühle werden wir pflichtgemäß und unbeirrt entscheiden, wer nach den Grundsätzen der Wissenschaftlichkeit der Tüchtigste dafür ist. Ihn werden wir berufen und werden froh sein, wenn er dann unserem Rufe Folge leistet. Aber das kann ich Ihnen versichern, daß, wenn bei der nächsten Berufung oder in irgendeiner anderen Frage die Karlsruher Studentenschaft wieder eine Haltung einnehmen würde, wie im vorliegenden Falle, wir dann nicht zögern würden, die Hochschule zu schließen, um zu zeigen, daß doch schließlich die Regierung Herr in ihrem Hause ist und nicht die Studentenschaft an der Technischen Hochschule Karlsruhe.“

4. Zusammenhang zwischen Deutschnationaler Volkspartei und Deutschvölkischem Schutz- und Trutzbund.

In einer Einladung zu einer Mitgliederversammlung, die unterschrieben ist „Deutschnationale Volkspartei Ortsgruppe Bötzowviertel und Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund, Bezirk III, Berlin“ heißt es u. a.:

„Herr Trettin wird sprechen über Nationalismus und Internationalismus (Jüdisch oder Deutsch).

Herr Wolf-Harniier wird sprechen über: Der Götterhimmel der Germanen.

Zur Lektüre empfehlen wir folgende Bücher: Theodor Fritsch, Handbuch der Judenfrage. Wilhelm Meister, Judas Schuldbuch. Die Geheimnisse der Weisen von Zion. Lichtstrahlen aus dem Talmud. Stoltheim, Das Rätsel des jüdischen Erfolges. Dr. A. Dinter, Die Sünde wider das Blut. Studienrat Langemann, Das Judentum und der deutsche Zusammenbruch. Zu haben: Deutschvölkische Buchhandlung, W 66, Mauerstraße 91.

Als deutsche Zeitungen empfehlen wir: Deutsche Zeitung, Deutsche Tageszeitung, Berliner Blatt, Post, Reichsbote, Tägliche Rundschau, Deutsches Wochenblatt, Phosphor, Kreuz-Zeitung.

Wir fordern:
Die Juden müssen raus aus Deutschland. Das Eigentum der Juden muß beschlagnahmt werden. Jeder Jude, der es wagt, Nationalbewußtsein, Wehrhaftigkeit und Christentum zu verhöhnen (siehe jüdische Witzblätter) ist mit Gefängnis zu bestrafen. Deutsche Gymnasien und Hochschulen sind für Juden zu sperren. Den Juden ist das Wahlrecht zu entziehen. Verstaatlichung der jüdischen Großbanken und Warenhäuser. Entfernung der Juden aus der Börse. Wiedereinführung der Zünfte. Einführung körperlicher Arbeit für die Juden. Den Deutschen ist bei Strafe zu verbieten, für Juden zu arbeiten.“

Es ist zu beachten und politisch zu verwerten, daß sich hier die Deutschnationale Volkspartei, die angeblich nur die Vorherrschaft der Juden seit der Revolution in Deutschland bekämpft, mit den rüdesten antisemitischen Forderungen einverstanden erklärt.

5. Sie wollen keine Pogrome!

Wir haben in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß in antisemitischen Kreisen stark mit blutige Tätlichkeiten gegen die Juden gespielt wird. Wir bringen heute dafür drei weitere Belege:

1. In der in der zweiten Auflage erscheinenden Schrift „Los von Juda“ verfaßt von Friedrich Karl Otto (Verlag Frei-Deutschland, Sontra-Hessen), hinter dem sich augenscheinlich der bekannte antisemitische Vorkämpfer der deutschgläubigen Bewegung, Dr. Ernst Hunkel, verbirgt, heißt es auf Seite 19 in dem Artikel „Wie befreien wir uns“:

„Das erste Gefühl gegenüber der hinterlistigen Verschwörung gegen den Ariergeist möchte Zorn sein, heißer Kampfzorn, der sein Schwert in jüdisches Blut tauchen und das feige Volk im Kampf zertreten möchte. Oft schon ist dieser Zorn in von Juden gequälten Völkern emporgeloht und hat Blut fließen lassen, aber nie zum Nutzen dieser Völker: Rußlands Beispiel zeigt es uns.“

2. Im „Hammer“, der Zeitschrift des bekannten Oberantisemiten Theodor Fritsch vom 15. Mai 1920 heißt es in der Nummer 430 auf Seite 194 unter der Ueberschrift „Zur Warnung für Juda“:

„Der Ausbruch eines Bürgerkrieges wird auf das Konto Israels zu setzen sein, das durch das aufgewiegelte Proletariat und Verbrechertum die Vervollständigung seiner Weltherrschaft erzwingen will — nicht zum Nutzen der ehrlichen Arbeiterschaft und der menschlichen Freiheit, sondern im Interesse der jüdischen Plutokratie. Es sollte dafür gesorgt werden, daß jeder Mann in unserm Volke diese Sachlage kennt. Wird das Blutbad entfesselt, so wird einzig und allein Juda die Verantwortung dafür zu tragen haben. Es hält alle Fäden des Aufruhrs in der

Hand und kann ihn nach Belieben ausbrechen lassen oder abwinken. Es muß aber auch darauf gefaßt sein, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es kann sich aber auch leicht ereignen, daß die entfesselte Volkswut sich gegen die eigentlichen Urheber des Blutbades wendet; Zündstoff genug ist in der Volksseele angehäuft. Die jüdischen Schandtaten und Verbrechen gegen unser Volk schreien zum Himmel, und auch der schlichteste Mann im Volke weiß heute, wer unsere schlimmsten Ausbeuter und Bedrücker sind und wem wir unsere heutige Not zum reichlichsten Teile verdanken. Juda hält sein eigenes Schicksal in der Hand. Mögen alle ehrlichen deutschen Blätter dafür sorgen, daß diese Sachlage hinlänglich bekannt wird."

3. In dem Mitteilungsblatt des Deutschen Volksbundes, Nr. 10 vom 15. Mai 1920, an dessen Spitze der im antisemitischen Leben Groß-Berlins bekannte Rittmeister Jürgen von Ramin steht, ist folgendes zu lesen:

„Herr Geheimrat Weißmann, den Kommissär für öffentliche Ordnung und Sicherheit möchten wir nun fragen, wie er sich zu diesem Akt gemeinster Rohheiten stellt? — Der Tag der Abrechnung wird ja auch über diese „sauberen Herren" kommen!"

Es ist insbesondere während des Wahlkampfes dringend erforderlich, allen sog. anständigen Antisemiten diese wahren Absichten führender antisemitischer Kreise immer wieder vor Augen zu halten.

6. Neue Wege in der Judenfrage.

Die Deutsche Zeitung bringt in ihrer Abendausgabe vom 20. 5. folgenden bemerkenswerten Artikel:

Unsere deutschen Volksgenossen werden für eine bodenständige Regelung unseres Wirtschaftslebens leicht zu haben sein; sie sind noch an musterhafte Ordnung gewöhnt und wissen, daß nur diese uns groß gemacht hat. Anders das internationale Judentum. Dasselbe kann sich nun einmal nicht an Ordnung gewöhnen und will stets für sich etwas Besonderes haben. Es muß also hier eine scharfe Trennung eintreten. Die gesetzmäßigen Rechte der Juden irgendwie zu beschneiden, halte ich für verkehrt, ich meine vielmehr, man soll dieselben noch erweitern, indem wir den Juden volle Autonomie gewähren. Das jüdische Volk ist nach Aussage seiner berufenen Vertreter eine Nation für sich und will eine solche bleiben, die wenigen Leute, welche ein Aufgehen in den Gastfreundschaft gewährenden Völkern wünschen, zählen nicht, und außerdem stehen sie im Gegensatz zu einer tausendjährigen geschichtlichen Erfahrung. Also kommen wir den Wünschen der Juden entgegen und behandeln sie als eine eigene Nation!

Geben wir den Juden das Recht, in Deutschland eigene nationale Einrichtungen, also Schulen, Hochschulen, Gerichte, Gefängnisse, Zuchthäuser, Börsen, Regimenter und Generale und vor allem eine eigene Parteivertretung in den gesetzgebenden Körperschaften zu schaffen. In die deutschen Behörden können sie aber entsprechend ihrer Gesamtkopfzahl eintreten, also auf etwa 100 Beamte kommt ein Jude. Aus den deutschen Parteien sind sie natürlich durch Gesetz ausgeschlossen, da sie ja ihre eigene völkische Vertretung haben. In allem ist einzig die Nationalität, d. h. Abstammung maßgebend, die Religion hat mit der ganzen Sache nichts zu tun. Ein Jude bleibt also auch als Katholik ein Glied der jüdischen Nation. Made in Germany hat sich einst die Welt erobert, geben wir auch den Juden das Recht und die ausnahmslose Verpflichtung, das Gleiche für sich einzuführen.

Jede Zeitung, welche in jüdischem Besitz, von Juden geleitet oder kontrolliert wird, hat als Nebentitel in gleicher Größe wie der eigentliche Titel den Aufdruck „Jüdische Zeitung " zu führen. Jedes Geschäft, welches den gleichen Anforderungen entspricht, in gleicher Größe wie die Firma den Zusatz: Jüdisches Geschäft, Jüdische Firma und zwar auf allen Verlautbarungen des geschäftlichen Verkehrs. Ist das Judentum wirklich die Macht, welche es zu sein vorgibt, so wird es in Deutschland ja bald öffentlich herrschen, wie es solches jetzt im geheimen anstrebt.

Sind die 60 Millionen Deutsche wirklich nicht mehr in der Lage, sich allein zu regieren, sondern können wir unter jüdischer Herrschaft leben, nun dann möge es sein. Es soll aber in voller Oeffentlichkeit geschehen, nicht aber wollen wir unsern guten deutschen Namen von einem fremden Volk im geheimen mißbrauchen lassen und uns mit allen Völkern der Erde dadurch auf ewige Zeiten verfeinden. Durch Wahrheit allein werden wir zur Ordnung kommen und durch diese zur wahren Freiheit.

7. Supernationaler Arierbund.

In Danzig besteht ein „Supernationaler Arierbund", der in wissenschaftlichen Vereinen Gastsitzungen abhält und die Vermutung aufkommen läßt, daß er eine antisemitische Gründung ist. Die Zentrale bittet um Nachricht, ob dieser Bund auch anderweitig aufgetaucht ist und welchen Zweck er verfolgt.

8. Ein deutschnationaler Antrag zur Judenfrage.

Der Kreisverein Zeitz, Stadt und Land, der Deutschnationalen Volkspartei beschloß in seiner Vorstandssitzung am 5. Mai einstimmig, folgende Anträge durch die Hauptgeschäftsstelle der Partei an die deutschnationale Fraktion zu richten:

Sämtliche seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewanderten Juden haben innerhalb einer zu stellenden Frist, welche nicht länger als zwei Monate betragen darf, Deutschland zu verlassen. Diejenigen, welche dies nicht bis zu der festgesetzten Frist getan haben, werden nach dem Lande abgeschoben, aus welchem sie gekommen sind. Eine Mitnahme von Vermögensbeständen ist nur in der Art und Höhe erlaubt, als nachweislich bei der Einwanderung eingebracht wurde. Alle vor dem 2. August 1914 landes- oder ortsansässigen Juden, denen es gestattet ist, in Deutschland zu bleiben, dürfen politische Mandate sowie öffentliche und Ehrenämter nur im Verhältnis der Beteiligung des Judentums an der Bevölkerung bekleiden.

9. Antisemitische Ehrlichkeit.

Vor dem Münchener Schöffengerichte wurde über eine Beleidigungsklage verhandelt, die Archivassessor Dr. Gerlich gegen den Herausgeber der Wochenschrift „Auf gut Deutsch", Dietrich Eckart, und den früheren

verantwortlichen Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, Wieser, angestrengt hat. Eckart hatte zwei Artikel „Mitten durch“ und „Die Flinte“ veröffentlicht, in denen Dr. Gerlich als „Hauptjudentzer“ und sein Name als Gerson Ehrlich ausgedeutet wurde, um ihm semitische Herkunft zuzuschreiben. Der Beklagte Eckart betonte, er bezeichne jeden als Judentzer, der sich im öffentlichen Leben betätige, aber nicht die gleiche Auffassung vom Judentum habe wie er und auch nicht den gleichen Kampf gegen das Judentum führe. Er gab zu, daß er mit seinen Darlegungen Dr. Gerlich in den Augen aller patriotisch Gesinnten habe verdächtigen und verächtlich machen wollen. Dr. Gerlich, so behauptete er, sei in seinen Augen ein Schrittmacher des Bolschewismus, wie besonders aus seinem jüngst veröffentlichten Buche „Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich“ hervorgehe. Im Verlaufe der Verhandlung mußte Eckart allerdings eingestehen, daß er das von ihm zitierte Buch, auf das er seinen Angriff stützte, überhaupt nicht durchgelesen hat. Ebenso scheiterte jeglicher Versuch der Angeklagten, Dr. Gerlich eine Abhängigkeit vom Judentum oder gar jüdische Abkunft nachzuweisen, zumal Dr. Gerlich die Taufurkunden seiner Vorfahren seit dem 18. Jahrhundert beigebracht hatte. Ein Vergleich kam nicht zustande. Eckart wurde wegen übler Nachrede zu 100 Mark, Wieser zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Urteilsbegründung hob hervor: Die Hauptverhandlung hat nichts ergeben, was solche Vorwürfe, wie sie erhoben sind, dem Privatkläger gegenüber rechtfertigen würde. Der Privatkläger hat die Judenfrage wissenschaftlich behandelt: wenn er nicht zu der gleichen Meinung kommt, wie die Angeklagten, so darf er deswegen noch nicht als „Hauptjudentzer“ bezeichnet werden. Dafür, daß der Privatkläger von Juden abstammt oder selbst ein Jude ist, ist nicht der geringste Nachweis erbracht. — Dem Kläger wurde die Publikationsbefugnis des Urteils auf Kosten der Beklagten zugesprochen.

10. Nochmals die Firma Lewin-Breslau.

In Sachen der Firma C. Lewin in Breslau gegen den deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund in Hamburg und seinen Hauptgeschäftsführer Alfred Roth hat die 8. Zivilkammer des Landgerichts Breslau vom 20. Mai im Wege der einstweiligen Verfügung folgenden Beschluß erlassen: Dem deutschen Schutz- und Trutzbund wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1500 Mark oder einer Haftstrafe bis zu 6 Monaten bei jedem Fall der Zuwiderhandlung untersagt, das bekannte Flugblatt des deutschen Schutz- und Trutzbundes in dem unter Bezugnahme auf den Verkauf von Heeresgut an die Firma Lewin die schandbare Judenwirtschaft gebrandmarkt werden soll, zu verbreiten. In den Gründen des Beschlusses heißt es wörtlich:

„Während im Flugblatt der Antragstellerin wucherische Gewinne vorgeworfen werden und es so hingestellt wird, als wenn die Antragstellerin den Mantel für 2 Mark einkauft, aber für 500 Mark verkauft, ist durch die vorerwähnten Urkunden glaubhaft gemacht, daß über die bei der Antragstellerin hergestellten Kleidungsstücke restlos die Textil-Notstandsversorgung G. m. b. H. Berlin und zwar fast ausschließlich zum Zwecke der Bekleidung der in Bergwerken, der Industrie und Landwirtschaft tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen verfügt und daß die Verkaufspreise für die Antragstellerin durch diese G. m. b. H. festgesetzt werden. Es ist ferner als glaubhaft gemacht zu erachten, daß der **20. Ausschuß der Deutschen Nationalversammlung einstimmig beschlossen hat, das Verhältnis zu der Antragstellerin in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, weil feststehe, daß die gegen die Firma gerichteten Angriffe völlig unberechtigt seien und daß kein zweites Unternehmen in Deutschland in der Verwertung von Alttextilen so ergiebig und preiswert arbeite, wie diese Firma.**

Es ist infolgedessen als glaubhaft gemacht zu erachten, daß der Antragstellerin gegen die Antragsgegner gemäß §§ 824, 831, 849 BGB. ein Anspruch auf Unterlassung der im Flugblatt aufgestellten Behauptungen zusteht.“

Wir ersuchen unsere Mitglieder, uns von einer weiteren Verbreitung des Flugblattes unverzüglich Kenntnis zu geben, möglichst unter Einsendung des betreffenden Flugblattes nebst einer eidesstattlichen Versicherung des Einsenders über die Tatsache der in seinem Wohnorte erfolgten Verbreitung, damit die in dem Beschluß ausgedrückte Strafe für jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festgesetzt werden kann.

*

In der wiedergegebenen einstweiligen Verfügung des Landgerichts Breslau gegen die Veröffentlichung des Lewin Flugblattes ist die Tatsache erwähnt, daß der 20. Ausschuß der Deutschen National-Versammlung einstimmig beschlossen hat, das Verhältnis zu der Antragstellerin (Firma Lewin) in vollem Umfange aufrecht zuerhalten, weil feststehe, daß die gegen die Firma gerichteten Verleumdungen völlig unbegründet seien und daß keine zweite Firma in Deutschland in der Verwendung von Alttextilien so ergiebig und preiswert arbeitet wie diese.

Wir bringen zur Kenntnis, daß der Vorstand dieses 20. Ausschusses Dr. Hugo (Deutsche Volkspartei), Berichterstatter Kraetzig (Sozialdemokrat) und die Mitglieder Astor (Zentrum), Düwell (Unabh.), Hermann (Würtemberg) Schumann (Sozialdemokrat) und Biener (Deutschnational) sind. Also selbst die Deutschnationalen, die dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund so nahestehen, haben gemeinsam mit den übrigen Abgeordneten die Ehrenhaftigkeit der Firma Lewin damit glänzend anerkannt.

*

Das „Berliner Tageblatt“ bringt unter der Ueberschrift „Heilige Notwehr“ in der Morgennummer vom 28. 5. 20 folgende Ausführungen zur Angelegenheit Lewin:

Der deutsch-völkische Schutz- und Trutzbund, der für die Wahlagitation beider Rechtsparteien jetzt richtunggebend ist, verbreitet in einer Unzahl von Exemplaren ein Flugblatt „Heilige Notwehr“, welches behauptet, daß eine „jüdische“ Breslauer Firma vom Reichsverwertungsamt für mehr als 4 Millionen Mark Kleidungs- und Wäschestücke zu Spottpreisen gekauft habe und zu Wucherpreisen weiter verkaufe. Dies Flugblatt wird im ganzen Reiche, wie uns in zahlreichen

Zuschriften mitgeteilt wird, von den Diskussionsrednern der Deutschnationalen und der Volksparteiler in den Wahlversammlungen als hochgeschätztes Material verwertet. Es enthält, wie es selber verkündet, keine Judenhetze, sondern „heilige Notwehr". Leider sieht, wie uns mitgeteilt wird, das Landgericht Breslau in dieser „heiligen Notwehr" eine unerlaubte Handlung und hat gegen hohe Geld- und Haftstrafen Verbreitung, Herstellung und Abgabe des Flugblatts verboten, weil glaubhaft gemacht ist, daß die gegen die Firma gerichteten Angriffe völlig unberechtigt sind. Schade!

11. Geschäftsanzeigen in antisemitischen Blättern.

Immernoch veröffentlichen jüdische Geschäftsinhaber Anzeigen in Blättern mit ausgesprochen antisemitischer Tendenz. Selbst in der „Wahrheit" findet man nicht selten solche Inserate. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß jeder jüdische Firmenbesitzer davor zurückschreckt, in einem solchen Blatte eine Anzeige aufzugeben. Unkenntnis der Tendenz ist vielfach die Ursache der trotzdem erfolgenden Veröffentlichungen. Jedenfalls wird gebeten, sofern solche Veröffentlichungen gemacht werden, die Anzeigenden auf die Gefährlichkeit eines solchen Vorgehens hinzuweisen.

12. Gerüchte.

a) Reformgruppe der deutschen demokratischen Partei.

Die „Deutsche Tageszeitung" berichtete am 6. d. M., daß in Stettin in einer großen Versammlung von Mitglieder der Demokratischen Partei beschlossen sei, aus dieser Partei auszutreten und unter dem Namen „Reformgruppe der deutschen demokratischen Partei" eine neue Partei ins Leben zu rufen. Die neue Partei will den Einfluß der Juden ausschließen. Dazu erfahren wir folgendes:

„Der bisherige Abgeordnete Lokenvitz ist nicht wieder in die Kandidatenliste aufgenommen worden. An seiner sicheren Stelle ist Abgeordneter Weinhausen getreten.

Er hatte nun versucht, weil es ihm nicht gelungen war, das Vertrauen der ganzen Partei zu erwerben, eine Anzahl neuer Mitglieder aus seinen Beamtenkreisen in den Ortsverein hineinzuwerfen. Leute, die bisher niemals der Partei angehört hatten. Mit Hilfe dieser Elemente war es ihm gelungen, die Generalversammlung zu majorisieren und einen Vorstand seiner Prägung zu erzielen. Die alten Parteimitglieder, im wesentlichen Christen, waren nun aufgerüttelt und setzten sich zur Wehr und erzielten auch in einer nächsten Mitgliederversammlung, daß die Delegiertenwahl geschlossen gegen L. ausfiel. L. wurde auf dem Delegiertentag abgesägt. Er erhielt von 360 Stimmen nur 44.

Sachlich sucht er nun seine Agitation zu begründen, indem er sich gegen den Obervorsteher Manasse wandte, weil dieser als Vorsitzender der städt. Finanzdeputation nicht zu allen Forderungen der städt. Beamten und Angestellten Ja und Amen sagen konnte.

Obwohl Manasse nur einer der vielen christl. demokratischen Stadtverordneten ist, die alle sachlich durchaus auf dem Standpunkt Manasses stehen, wählte er dessen Person als Schlachtruf. Die ganze Gruppe ist ohne jegliche Bedeutung, der ganze Zweck ist, L. wieder zu einem Mandat zu verhelfen. — Die Absägung L. hat nur eine günstige Bedeutung, die ganze Postbeamtenschaft steht geschlossen gegen ihn, die selbständigen wirtschaftlichen Existenzen, ebenso wie die ganze Provinz.

b) Fall Süßmann.

Das „Deutsche Wochenblatt" brachte in seiner Nummer 17 die Notiz, daß ein in der Kappwoche verwundeter Offizier bei dem in der Hauptstraße in Schöneberg wohnenden Arzt Dr. Süßmann Hilfe gesucht habe. Herr Dr. Süßmann habe es abgelehnt, ihn zu behandeln. Die eingeleiteten Erkundigungen haben ergeben, daß es sich um eine Schädelverletzung bei dem betreffenden Offizier gehandelt hat. Die Blutung hatte völlig aufgehört. Dr. Süßmann hielt es im Interesse des Patienten für richtig, ihn sofort in das in nächster Nähe befindliche Norbert-Krankenhaus zu schicken, da Dr. Süßmann weder Licht noch Gas zum Auskochen von Instrumenten hatte, und, da bei Schädelverletzungen die Infektionsgefahr besonders groß ist, vermied Dr. Süßmann, irgend etwas an der Wunde zu tun. Die Aerzte im Krankenhaus entließen den Verwundeten erst nach mehreren Tagen — ein Beweis dafür, daß eine andere Art der Behandlung, etwa ein sofortiger Eingriff nicht angebracht war. Soweit der tatsächliche Tatbestand. Im übrigen hätte sich das „Deutsche Wochenblatt" mit der Angelegenheit wahrscheinlich nicht beschäftigt, wenn es gewußt hätte, daß Dr. Süßmann sowohl wie seine Frau katholischer Konfession sind und im beiderseitigen Stammbaum kein jüdischer Vorfahr nachzuweisen ist.

c) Die Firma Gebr. Arnhold in Dresden.

Verschiedentlich tauchen in der antisemitischen Presse als „allgemein bekannt" die Behauptungen auf, daß jüdische Finanzleute die spartakistischen Umtriebe durch große Geldmittel unterstützten. Geht man diesen Gerüchten nach, so kann man stets feststellen, daß es sich um einen plumpen Schwindel handelt. So wurde vor kurzem in Dresden als stadtbekannt publiziert, daß die Firma Gebr. Arnhold an die Kommunisten große Summen zahle, daß sie sogar eine sogenannte Arnholdgarde unterhalte, um sich auf diese Weise persönliche Sicherheit des Lebens und des Eigentums zu schaffen. Nach dem Kapp-Putsch wurde verbreitet, die Firma Arnhold unterstütze dem neuen Kurse folgend die Deutschnationalen. Schließlich hieß es, der Ministerpräsident Gradnauer sei an der Firma Arnhold beteiligt, trete in die Firma ein oder sei in den Vorstand des Sachsenwerkes engagiert.

Ermittlungen, die der Centralverein angestellt hat, haben ergeben, daß auch nicht eine einzige dieser Behauptungen auf Wahrheit beruht. Wenn derartige Verleumdungen auftauchen, ist ihnen in entschiedenster Weise entgegenzutreten.

d) Semi-Imperator.

Ein bekannter deutschnationaler Agitator Major von Hennigs, der besonders in Ostfriesland und Hannover Vorträge hält, behauptet neuerdings in Versammlungen, der „Semi-Imperator" sei ein von Judengeld veranlaßtes Machwerk.

Diskussionsredner haben darauf zu achten und zu fragen, ob auch die sonstige antis. Literatur mit Judengeld gemacht sei.

13. Der Held von Gardelegen.

Ein Frage- und Antwortspiel.

Das „Berliner Tageblatt“ und die „Freiheit“ veröffentlichen folgende Zuschrift:

Kürzlich las ich wieder im „Deutschen Wochenblatt“, wie Knüppel-Kunze auf jüdische „Drückebergerei“ und „Hamsterei“ schimpft. Vielleicht interessieren Ihre Leser folgende Fragen und Antworten:

1. Wo hat Herr Richard Kunze vom Dezember 1915 bis zum Kriegsende für sein Vaterland geblutet? In Gardelegen i. Altmark, beschäftigt beim dortigen Gefangenenlager.

2. Als was? Teils als Dolmetscher, teils als Kriegspropagandaredner.

3. In welchem Unterstand hauste und vegetierte der Knüppelheld? In der Villa des Herrn Scholz in Gardelegen.

4. Aus welcher Feldküche mußte Herr Helden-Kunze — natürlich durch dichtesten Kugelregen — sein Essen holen? Er war, obwohl ortsfremder Soldat, als Selbstversorger eingetragen in Gardelegen.

5. Wer hatte in Gardelegen Acker gepachtet und denselben durch russische Gefangene bestellen lassen? Herr „Heimatsetappen-Kunze“.

6. Wer hat während der ganzen Zeit im „Schützengraben“ in Gardelegen engros gehamstert, so daß sogar der Lagerkommandant, Oberst Gruener, mit Einsperren drohte? Familie „Helden-Kunze“.

7. Wer hat versucht, zusammen mit „Möbeln“ ein Engros-Hamsterlager nach Berlin zu bringen, so daß eine Beschlagnahme seitens der Gemeindebehörden erfolgte? Herr „Hamster-Kunze“.

8. Wer hat nach der Revolution noch, den 3-Uhr-Frühzug nach Berlin benutzend, etwa einen Zentner Fleisch- und Wurstwaren nach Berlin gebracht, trotz des Verbotes in Gardelegen, Fleischware auszuführen? Familie „Hamster-Kunze“.

Auch andere antisemitische Helden, wie Graf Reventlow, Professor Werner-Butzbach, Schrönghamer Heimdal, Landrichter Jenne, der Vorsitzende des „Deutschen Herolds“ (Propaganda-Organisation für die „Deutsche Zeitung“ u. a.) haben den Krieg in der Heimat überstanden und sind jetzt die lautesten Schreier gegen die „jüdischen Drückeberger“.

14. Der verjudete Antisemitismus.

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer Abendausgabe vom 27. 5. 20 folgende interessante Mitteilungen:

Die Enthüllungen des aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgeschiedenen Generalsekretärs Kroschel, die er in einer Broschüre niedergelegt hat, fallen den Herren aus der Deutschnationalen Volkspartei stark auf die Nerven. Mit polternden Drohungen und angeblichen Klagen versucht man der Wahrheit zu Leibe zu gehen. Pikant ist, aber kaum überraschend, daß, wie Kroschel offenbart, Knüppel-Kunze sich der besonderen Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei erfreut, derselbe Knüppel-Kunze, den die Parteileitung offiziell wegen seiner Haltung zum Staatsbankerott abschüttelte, für den aber in den Berliner westlichen Vororten Unterschriften gesammelt wurden, daß er unbedingt auf die dritte Stelle der deutschnationalen Liste gesetzt werden müsse.

Knüppel-Kunze selbst ließ für seine Kandidatur alle Minen springen. Er drohte der Deutschnationalen Volkspartei gar gewaltig in seinem „Deutschen Wochenblatt“ und wies nach, wie verjudet oder jüdisch versippt Fräulein von Gierke, Herr von Delbrück und andere Parteigrößen wären (die inzwischen ja auch, infolge dieser Agitation aus der Deutschnationalen Partei ausgeschieden) sind. Damit nicht genug, — der dem Knüppel-Kunze nahestehende „Ausschuß für Volksaufklärung“, der die wüstete Pogromagitation betreibt, veröffentlicht ein Flugblatt, überschrieben „An das deutsche Volk“, worin zu lesen ist:

„Die von den Juden gegründeten und geleiteten Parteien sind:

Die Deutsche demokratische Partei,

Die sozialdemokratischen Parteien einschließlich Spartakus.

Die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutschnationale Volkspartei sind auch von Juden beeinflußt. Sie müssen alle ausgefegt werden.“

Was bleibt nun den armen Antisemiten übrig als Selbstmord? Und es ist nicht mehr als folgerichtig, wenn der berüchtigte Pogromantisemit Dr. Pudor-Leipzig einen Artikel in seinem „Deutschen Volksrat“ veröffentlicht über „Die Verjudung des deutschen Antisemitismus“ und darin besonders die Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ als vollgepfropft mit jüdischem Blute aufführt. Aber auch damit nicht genug. Nun ist gar im „Behrschen Verlage“ zu Leipzig ein Buch erschienen, herausgegeben von W. Aufklärer, worin behauptet wird, daß nun auch dieser Judenfresser und Antisemitenführer Dr. Pudor in Leipzig weiter nichts als ein „christlich maskierter Halbjude“ sei.

Wer denkt bei diesem intensiven Kampf der „verjudeten“ Antisemiten nicht an die Spinnen im Glase, die sich gegenseitig auffressen? Und diese Gesellschaft wagt es, sich in den Vordergrund des politischen Kampfes zu drängen und durch ihre verlogene, volksverhetzende Propaganda den politischen Meinungsstreit auf das Niveau der Gosse und der Zuhälterkaschemme herabzudrücken!

15. Die judenreine Regierung ein Wahlmanöver.

Sogar in deutschnationalen Versammlungen muß zugegeben werden, daß in der gegenwärtigen Regierung des Reiches wie Preußens sich kein jüdischer Minister befindet. Man hilft sich aber aus dieser Verlegenheit, indem Redner, wie z. B. der bekannte Abgeordnete Wilhelm Laverrenz u. a. behaupten, die Judenreinheit der Regierung sei nur ein Wahlmanöver.

Wir empfehlen, in solchen Fällen den Redner zu fragen, ob vielleicht auch die rein christlichen Ministerien des Kaiserreiches Wahlmanöver gewesen seien.

16. Juden als politische Führer in Rußland.

Zur Frage, wer bei den politischen Umwälzungen in Rußland eine leitende Stelle einnimmt, entnehmen wir der „Tribune Juive“ vom 26. Dezember 1919 folgende Angaben:

In der Umgebung Lenins befinden sich n u r folgende Juden an wichtigen Posten:

1. Zinowieff,
2. Radek,
3. Swendloff (tot),
4. Steklof-Wakhamkes,
5. Litvinoff,
6. Larin,
7. Kameneff (Sohn einer Russin und eines Juden),
8. Joffe ,
9. Sanetzki-Fürstenburg,
10. Uritzky tot).

Es handelt sich also im Höchstfalle um etwa 10 Persönlichkeiten. Diesen sind aber folgende Christen, welche Führer des Bolschewismus repräsentieren, gegenüberzustellen:

1. Rukowsky,
2. Dserjinsky,
3. Peters,
4. Krylenko,
5. Dybenko,
6. Bitzenko,
7. Kollantai,
8. Tschitscherin
9. Zunatscharsky,
10. Kozlowsky,
11. Worowsky,
12. Prof. Pokrowsky,
13. Frau Stassowa,
14. Bukharin,
15. Owanestoff ,
16. Rikoff,
17. Krassin,
18. Antonoff,
19. Weressaeff.

Von obigen sind vor allem Peters, Djersinsky und FrauStassowa zu nennen,die zur Zeit des bolschewistischen Terrors eine führende Rolle gespielt haben. Beim Bürgerkrieg haben sich auch Krylenko und Antonoff die ersten „Lorbeeren“ erworben. Von Frau Kollantai, von Kozlowsky, Bukarin und Worowsky ist die P r o p a g a n d a ausgegangen; Lenin und Tschernoff haben sich trotz ihrer a d e l i g e n Herkunft nicht gescheut die Güter ihrer Standesgenossen in Rußland zu verwüsten. Vor allem aber ist zu beachten — und die Antisemiten werden vergeblich versuchen es totzuschweigen — daß unter dem Kommando Trotzkys von folgenden „echtrussischen“ Generalen der Bürgerkrieg mit den blutigsten Mitteln geführt wird:

1. General Tscheremissoff, Prof.der Kriegs-Akademie, früher Kommandant der 12. Armee ,
2. General Klembowsky, früher Generalstabschef der Südwestfront,
3. General Swetschin, bekannter Militärschriftsteller,
4. General Raduss-Zinkowitsch, früher Generalstabschef der 6. Armee,
5. General Bagoff, früher Kommandeur der 6. Div.,
6. General Seliwatscheff, früher Kommandeur der 4. finnländischen Division,
7. General Nadejny,
8. General Sytin, früher Generaladjutant des Stabes der rumänischen Front,
9. General Egorieff, früher Kommandeur eines Armee-Korps,
10. General Bonsch-Brujewitsch,
11. General Sniessareff,
12. General Welitschko, Militär-Ingenieur,
13. General Beliaeff, bekannter artilleriewissenschaftlicher Theoretiker,
14. General Wakharalowsky,
15. General Potapoff,
16. General Nesnamoff, von der Kriegsakademie.

Mit erstaunlicher Geschwindigkeit haben diese zaristischen Generale ihre ganz rechts orientierte politische Ueberzeugung mit der linksradikalsten vertauscht. Diese Tatsache spricht für sich! Wenn also nach einem Sturz der bolschewistischen Regierung deren Führer aus Rußland vertrieben werden, so werden unter den Flüchtlingen die hervorragendsten Generale der alten kaiserlichen Regierung zu finden sein, falls sie es nicht bei einem Umsturz vorziehen werden, abermals auf die Seite hinüberzuwechseln, die ihnen den meisten Vorteil verspricht.

17. Professor Zeidler-Wien.

Es wird uns berichtet, daß ein angeblicher Geschichtsprofessor Z e i d l e r aus Wien neuerdings in Versammlungen des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ auftritt. Wir bitten, uns sofort nähere Nachrichten über dessen Wirken zu übermitteln. Zeidler ist bisher in der deutschen antisemitischen Bewegung nicht hervorgetreten.

18. Stadtverordneter Cohen-Lüdenscheid.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai cr. in Lüdenscheid hat der Oberbürgermeister unserem Mitgliede, dem Stadtverordneten C o h e n, Worte besonderer Anerkennung für seine Tätigkeit im Lebensmittelamt ausgesprochen. Er habe den Betrieb eingerichtet und beaufsichtigt, er habe sich in ganz hervorragendem Maße in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. In den 30 Jahren seiner kommunalen Tätigkeit habe er einen ähnlichen Fall von dauernder, hingebender Arbeit ohne jeden eigenen Vorteil noch nicht erlebt. Ihm gebühre die tiefste Dankbarkeit der Stadt.

So sehen die gefährlichen Juden in der Praxis aus.

19. Bücherschau.

a) „Im Lichte deutschen Glaubens“

von Walter Hagall.

(Erschienen 1919 im Sis-Verlag in Zeitz.)

Diese Schrift ist ein heftiger Angriff gegen das Christentum. Im Vorwort sagt der Verfasser, daß sein Germanentum ihn hierzu veranlaßt habe. Aber peinlich ist es für ihn, daß er selbst das Eingeständnis machen muß, das Germanentum nicht in der reinsten Form zu vertreten. Hagall preist den hohen Wert des germanischen Wesens, das in seiner harmlosen, offenen Art, seiner Kindlichkeit und seiner Naturliebe die Gottanschauung schuf und ausbildete. Den Zusammenhang mit der

Natur zerriß — nach Hagall — das Christentum, indem es die höchste Betätigung des Menschengemütes, die Liebe, schändete und durch das Dogma von der Erbsünde den Kindern die Unschuld stahl. Aber auch den Geist schändete es, indem es den Willen brach, statt des Mutes die Demut predigte, die Starken knechtete und die geistlich Armen selig pries. Das Geheimnis der ungeheuren Macht des Christentums sieht Hagall in diesem Brechen des Eigenwillens und dem Unterbinden jeder Persönlichkeit. Die kulturelle Entwicklung ist ihm nicht eine Folge des Christentums, sondern ein Sieg des germanischen Wesens über das Christentum. Für alle Leistungen desselben in Kunst und Schrifttum ist er blind. Besonders verwerflich erscheint ihm das Gebot der Feindesliebe, welches prinzipiell pazifistische Tendenzen hat, die im schärfsten Kontrast mit dem echten Germanentum stehen. Auch in bezug auf das Weiterleben stehen sich beide Anschauungen schroff gegenüber. Das Christentum verweist auf die Ewigkeit und lähmt damit die Tatkraft, während in der germanischen Anschauung heldenhafte Tapferkeit des einzelnen Helden nach Walhall führt und dort zur Halbgottheit erhoben wird, bis dann in der Götterdämmerung alles — Menschen und Götter — im Kampf zusammenbricht. Den Hauptfehler des Christentums sieht Hagall in dem Anspruch, international zu sein. Denn alle wahre Religion muß auf nationalem Boden entstehen und sich den Anschauungen des eigenen Volkes anpassen. Das Christentum wurzelt in der Bibel, diese aber ist jüdischen Ursprungs und darum dem innersten Keim des deutschen Wesens fremd. Dieser Gedanke stellt die Verbindungslinie her zwischen der neuen deutschen Religion, wie sie Hagall anstrebt und dem Antisemitismus. Er schließt mit den Worten: „Der deutsche Donner rollt. Der zähmende Talisman, das Kreuz, zerbricht, und vermorscht zerfallen die gothischen Dome, aus den Trümmern aber entsteht heldisch und schlicht: ein deutscher Glaube."

b) **Chugdju**

aus „Semi-Imperator", III. Teil.
Leipzig, E. F. Steinacker. Preis 1,20 M.

Aus dem bekannten „Semi-Imperator", das den ehemaligen Kaiser als Juden stempeln will, ist im Verlage des Miesbacher Anzeigers ein Auszug unter dem Namen „Chugdju" erschienen, dem noch ein Flugblatt, dessen Verbreitung seinerzeit sogar vom Reichswehrministerium untersagt worden ist, „Reden ist da völkischer Presse Pflicht", angehängt ist. Das Büchlein ersetzt den immerhin nicht billigen „Semi-Imperator" in manchem und kommt besonders für Redner als antisemitisches Originalmaterial in Frage. Der Preis beträgt 1,20 M.

c) **Die große Ausrede von der erdolchten Front.**

Von Kurt Heinig,
Buchhandlung „Vorwärts", Berlin SW. 68.
Preis 2,40 M.

Die Antisemiten lieben es, den Juden die Schuld am Kriege in die Schuhe zu schieben, insbesondere aber zu behaupten, daß sie vor allem die Front von hinten erdolcht hätten. Das Buch enthält eine Reihe Originaldokumente und sonstige wertvolle Mitteilungen, die beweisen, wie es in Wirklichkeit um die Front bestellt war und warum der Zusammenbruch von der Front selbst aus Naturnotwendigkeit erfolgen mußte.

d) **Die Revolution an der Westfront.**

von Ludwig Lewinsohn,
Mundus-Verlagsanstalt G.m.b.H., Charl. 4, Schlüterstr. 52.
Preis 3,60 M.

Es ist eine beliebte antisemitische Unwahrheit, die Juden seien größtenteis diejenigen gewesen, welche sich zu Soldatenräten nach der Revolution aufwarfen, und ebenso wird behauptet, daß diese Juden dann in dem Soldatenrat den Haß gegen die Offiziere geschürt, die Disziplin untergraben, kurz daß sie dem zurückflutenden Heere den Todesstoß versetzt hätten. Ganz abgesehen davon wie sich jemand zu der Frage der Soldatenräte stellt, so wird er an dem Buche von Lewinsohn nicht ohne Respekt vor dem Verfasser vorübergehen. Lewinsohn, der Vorsitzende des Soldatenrates der 4. Armee, der zufällig ein Jude war, hat mit äußerster Pflichttreue und mit einem klaren Blick für Möglichkeiten und Notwendigkeiten es verstanden Hand in Hand mit den alten Befehlsgewalten einen so großen Heereskörper, wie die 4. Armee ihn darstellte, unterstützt von vernünftigen Kameraden, so gut es ging in die Heimat zu dirigieren. Bei aller Betonung seines sozialdemokratischen Standpunktes, weiß er durchaus der Notwendigkeit der alten Befehlsstellen gerecht zu werden, wie auch den radikalen bolschewistischen Machenschaften energisch entgegenzutreten.

Das Buch ist in der Diskussion zu verwenden falls von den jüdischen Soldatenräten gesprochen wird. Betonen, daß diese nur vereinzelt waren und daß unter Umständen, wie im Falle Lewinsohn, ein verantwortungsvoller Jude auf einem solchen Posten sehr segensreich gewirkt hat.

Verantwortlich: Syndikus Dr. Holländer, Berlin SW 68, Lindenstr. 13 I.
Druck: Ernst Litfaß' Erben, Berlin C 19, Adlerstr. 6